



### Presseschau vom 06.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Poroschenko: Ukrainer sollen Heizung runterdrehen – er tu's ja auch  
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat die Bürger seines Landes aufgerufen, Gas zu sparen, und erklärt, dass er sich selbst der Initiative unter dem Hashtag „Dreh‘ zu“ anschließe. „Indem ich mich dieser Initiative persönlich anschließe, rufe ich alle staatlichen Behörden dazu auf, wenn möglich die Temperaturen in den Räumen zu senken. Auch bitte ich die Bürger, die Heizung nur um einen Grad runterzudrehen bzw. Wärmeverluste in den Häusern maximal zu vermeiden“, schrieb Poroschenko auf Facebook.

Auch der Chef des ukrainischen Energieversorgers Naftogaz, Andrej Kobolew, hatte zuvor die Ukrainer aufgerufen, die Heizung in ihren Häusern herunterzudrehen.

Zuvor hatte der ukrainische Minister für Energie und Kohleindustrie, Igor Nassalik, mitgeteilt, dass der Gasverbrauch im Land für fünf Tage eingeschränkt werde. Wie er ausführte, wurde allen Bildungseinrichtungen bzw. Industriebetrieben empfohlen, ihre Tätigkeiten in diesen Tagen bzw. ihren Produktionsplan zeitweilig einzustellen bzw. zu revidieren. Energieproduzenten sollten indes auf Masut umsteigen.

Der russische Gaskonzern Gazprom hatte mitgeteilt, dass er im März kein Gas an die Ukraine liefern werde, weil immer noch kein Zusatzprotokoll zum Gasversorgungsvertrag abgestimmt worden sei. Vor wenigen Tagen kündigte der Unternehmenschef Alexej Miller an, alle Verträge mit Naftogaz aufzukündigen



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31981/20/319812097.jpg>

mptdnr.ru: Am 27. Februar wurden auf der Sitzung des republikanischen Dienstes für Tarife der DVR die Tarife für die zentralisierte Wasserversorgung des staatlichen Unternehmens „Dokutschajewsker Gesteinskombinat“ bestätigt.

„Die Pump- und Filterstation des Jushnodonbasskij-Wasserwerks, die Dokutschajewsk versorgen, befinden sich in der sogenannten „Grauen Zone“. Und die Wasserversorgung der Stadt wurde schon viele Male durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte unterbrochen. Alle prophylaktischen Arbeiten oder Defekte an der Ausrüstung der Stationen führen auch zu Unterbrechungen bei der Wasserversorgung der Stadt“, berichtete der Direktor des staatlichen Unternehmens „Dokutschajewsker Gesteinskombinat“ Iwan Fomitschew. Im Oktober 2017 haben Spezialisten des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR dokumentarisch bestätigt, dass das Wasser aus dem Wasserwerk „Majka“, das dem Dokutschajewsker Gesteinskombinat gehört, in der Zusammensetzung mit dem Wasser, das die Einwohner der Stadt derzeit erhalten, vergleichbar ist.

„Im Herbst letzten Jahres hat das Dokutschajewsker Gesteinskombinat eine Lizenz für die zentrale Wasserversorgung und Kanalisation erhalten. Am 27. Februar fand eine Sitzung des republikanischen Dienstes für Tarife der DVR statt, auf der die Tarife für die zentralisierte Wasserversorgung für unser Kombinat bestätigt wurden“, fügte der Leiter des Unternehmens hinzu.

Das staatliche Unternehmen Dokutschajewsker Gesteinskombinat hat das Recht erhalten, Wirtschaftsobjekten und Lizenzträgern Wasser zu liefern. Die Spezialisten des Kombines bestätigen, dass im Fall einer Einstellung der Wasserversorgung die Stadt zu 67 Prozent aus eigenen Quellen mit Trinkwasser versorgt werden kann.

de.sputniknews.com: Polnischer Minister unterstellt Kiew Lügen über polnisch-ukrainische

## Beziehungen

Die jüngsten Äußerungen der ukrainischen Behörden über die polnisch-ukrainischen Beziehungen sind falsch. Das erklärte Polens Vizeaußenminister Bartosz Cichocki in einem Interview des polnischen Rundfunks.

„Vorhanden ist ein Problem, da Worte der ukrainischen Seite der Wirklichkeit nicht entsprechen, da es an Vertrauen zu den ukrainischen Partnern fehlt“, sagte Cichocki in einer Stellungnahme zu einem in der Zeitung „Rzeczpospolita“ abgedruckten Artikel des ukrainischen Außenministers Pawel Klimkin.

Die Situation bestehe seit langem. Dabei erinnerte Cichocki daran, dass die Werchowna Rada 2015, als Präsident Andrzej Duda in Kiew weilte, mehrere Gesetze über die Heroisierung der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) verabschiedet hatte. „Bei der Verherrlichung des Mythos über Aktivitäten der UPA setzt sich Kiew über das Wolhynien-Massaker und das vergossene Blut von Polen hinweg“, sagte Cichocki.

Ihm zufolge hatte die Ukraine in den letzten sechs Monaten den Vorschlag zwei Mal abgelehnt, Kommissionen ins Leben zu rufen, die über Änderungen am Gesetz über das polnische Institut für nationales Gedenken und über die Exhumierung sterblicher Überreste polnischer Opfer auf dem Territorium der Ukraine beraten sollten. Das sei Sabotage, betonte der polnische Minister.

In seinem Artikel hatte Klimkin geschrieben, dass Warschau den nationalen Befreiungskampf der Ukrainer in Misskredit bringt, indem dieser mit Verbrechen gegen polnische Bürger gleichgesetzt wird. Dabei erinnerte Klimkin daran, dass es in der polnischen Geschichte nicht wenig Beispiele für Verbrechen gegen das ukrainische Volk gibt.

de.sputniknews.com: Russischer Ex-Spion in England vergiftet – Medien

Ein russischer Staatsbürger, der 2006 wegen Spionage für den britischen Auslandsgeheimdienst MI6 zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, ist nach Informationen der britischen BBC in England möglicherweise Opfer eines Gift-Anschlags geworden. Der Mann soll sich in einem kritischen Zustand befinden.

Der Vorfall habe sich am Sonntag in einem Einkaufszentrum in Salisbury im Süden Englands ereignet. Der 66-jährige Sergej Skripal und eine Frau seien dort bewusstlos auf einer Bank aufgefunden worden. Sie seien zuvor offenbar mit einer unbekanntem Substanz in Kontakt gekommen.

Die beiden wurden anschließend laut BBC in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei habe von einem schwerwiegenden Vorfall gesprochen: Die Notaufnahme des Krankenhauses sei sogar abriegelt worden.

Skripal wurde 2010 in Großbritannien Asyl gewährt, nachdem er im Zuge eines Austausches inhaftierter Spione zwischen Russland und den USA auf freien Fuß kam. Der frühere Oberst des russischen Militärgeheimdienstes GRU war 2006 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden, weil er die Identität von russischen Spionen an den MI6 weitergegeben haben soll.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31981/34/319813454.jpg>

de.sputniknews.com: Berlin besorgt wegen Gasstreits zwischen Russland und Ukraine  
Der neue Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland beunruhigt die Bundesregierung. Man habe mit Sorge zur Kenntnis genommen, dass der russische Staatskonzern Gazprom die Lieferverträge mit dem ukrainischen Partner Naftogaz vorzeitig kündigen wolle, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin.

Dies habe nicht nur Irritationen in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Staaten ausgelöst, sagte Seibert nach Angaben der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). So wie Deutschland beziehen viele andere EU-Länder russisches Gas, das durch die Ukraine geleitet wird. Russland hat aber zugesichert, dass Transit-Gas weiter fließen werde.

„Es wäre im Interesse beider Länder, dass sie sich als verlässliche Partner bei der europäischen Gasversorgung erweisen“, sagte Seibert.

Hintergrund des Streits ist ein Urteil des Handelsgerichts in Stockholm, das unter anderem Gazprom zu Zahlungen verpflichtet hatte. „Wir sind überzeugt, beide Unternehmen sollten diese Entscheidungen jetzt umsetzen“, sagte Seibert. Das Gericht hatte Gazprom angewiesen, rund 2,5 Milliarden Dollar an Naftogaz zu zahlen. Die Richter hatten nach Abwägung mehrerer Forderungen und Gegenforderungen der beiden Seiten nach Lieferung beziehungsweise Durchleitung von Erdgas ihre Entscheidung gefällt. Daraufhin beschloss Gazprom überraschend, die Lieferungen nicht wie geplant vom 1. März an wieder aufzunehmen....

### Vormittags:

mil-Info: In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime des „absoluten Waffenstillstands“ wird eingehalten.

de.sputniknews.com: „Immer mehr Beweise“: Lawrow erkennt Rückkehr von „Plan B“ der USA in Syrien

Immer mehr Informationen zeugen nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow davon, dass die USA zu ihrem „Plan B“ für Syrien zurückkehren: Eine von ihnen formierte enge Gruppe soll demnach den Zerfall des Landes planen.

„Wir haben immer mehr Beweise dafür, dass unsere westlichen Partner und vor allem die Vereinigten Staaten versuchen, diese ‚Dschabhat an-Nusra‘ (auch al-Nusra-Front, eine in Russland verbotene Terrorvereinigung – Anm. d. Red.), die zurzeit ihre Namen, aber nicht ihr Wesen wechselt, aus der Schusslinie zu führen und (...) zum Plan B zurückzukehren – mit anderen Worten, das Regime in Damaskus zu wechseln“, sagte Lawrow am Montag auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit seiner namibischen Amtskollegin Netumbo Nandi-Ndaitwah.

Immer mehr Informationen aus unterschiedlichen Quellen zeugen laut ihm davon, dass eine „enge Gruppe, die von den Amerikanern zur Lösung von syrischen Fragen gebildet worden ist“, Pläne für den Zerfall des syrischen Staates schmiede.

„Dies ist eine weitere Bestätigung der Unfähigkeit unserer westlichen Partner, Verhandlungen zu führen. In der Praxis steuern sie einen Kurs an, der den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates direkt widerspricht, die jedoch stets den Respekt der Souveränität und der territorialen Integrität der Arabischen Republik Syrien bestätigen“, schloss er.

Im Zusammenhang mit der Situation in Ost-Ghuta rief Lawrow die westlichen Partner zu einer fairen Arbeit an der Regelung des Konflikts auf und betonte, dass die Handlungen Russlands und der syrischen Militärs in dieser Region völlig legitim seien.

„Die Schritte der syrischen Führung sind mit unserer Unterstützung auf die Bekämpfung der ‚Dschabhat an-Nusra‘ gerichtet, die eine Terrorvereinigung ist“, erläuterte der russische Chefdiplomat. „Es ist absolut legitim, innerhalb der Gültigkeitsperiode der Resolution des UN-Sicherheitsrates über den Waffenstillstand einen unerbittlichen Kampf gegen die Terroristen zu führen.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31960/45/319604550.jpg>

de.sputniknews.com: US-Senator nennt Bedingung für Abschaffung von Russland-Sanktionen

Die Sanktionen gegen Russland werden höchstwahrscheinlich abgeschafft, wenn es „Aktivitäten“ einstellt, die US-Interessen widersprechen. Andernfalls werden die Einschränkungen weiter gültig sein. Dies sagte der US-Senator des Bundesstaats Alaska, Daniel Sullivan, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.



Der Politiker präzisierte dabei, dass er vor allem die Situation in der Ukraine und die angebliche Einmischung Russlands in die Wahlen in den USA und anderen Staaten meine. „Was die Russland-Sanktionen angeht, hängt dies völlig von der russischen Regierung ab. Falls sie die Aktivität in einigen Bereichen einstellt – etwa der Versuch, die Demokratie in den USA zu unterbinden, oder die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, beispielsweise der Ukraine – werden die Sanktionen höchstwahrscheinlich abgeschafft. Falls nicht, werden sie weiter gültig sein“, sagte er.

Sullivan antwortete am Rande der jährlichen Energiekonferenz CERAWEEK in Houston indes nicht auf die Frage der russischen Nachrichtenagentur, ob die Sanktionen gegen Russland der amerikanischen Energiewirtschaft helfen würden. Er betonte aber, dass die USA „mehr Energieträger liefern sollen, weil dies hilft, die Tätigkeit Russlands zu vermindern, die den US-Interessen widerspricht“.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation auf der Krim und in der Ukraine verschlechtert. Ende Juli 2014 waren die EU und die USA von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft übergegangen. Russland verbot im Gegenzug die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA, den EU-Ländern, Kanada, Australien und Norwegen.

Nach dem Staatsstreich im Februar 2014 in Kiew war es auf der Krim und im Osten der Ukraine zu Massenprotesten gekommen. Die Behörden der Krim und von Sewastopol hatten am 16. März 2014 ein Referendum zur Frage der Wiedervereinigung mit Russland durchgeführt. Für den Russland-Beitritt stimmten 96,7 Prozent bzw. 95,6 Prozent der Bürger. Die Ukraine, die EU und die USA wollen die Resultate des Referendums nicht anerkennen. Moskau erklärte mehrmals, dass der Beitritt der Region in strikter Übereinstimmung mit völkerrechtlichen Normen erfolgt sei.

Außerdem laufen derzeit im FBI und im Kongress der USA Ermittlungen zu Russlands angeblicher „Einmischung in die amerikanischen Wahlen“ sowie zu mutmaßlichen Verbindungen des Präsidenten Donald Trump zu Russland, die im Weißen Haus ebenso wie im Kreml bestritten werden. Zum Sonderstaatsanwalt dieser Ermittlungen war der Ex-FBI-Chef Robert Mueller ernannt worden. Russland hat die Beschuldigung, die US-Präsidentenwahl beeinflusst zu haben, wiederholt zurückgewiesen. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnete sie als „absolut unbegründet“.

**armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden, vor dem Inkrafttreten des Waffenstillstands, haben die ukrainischen Streitkräfte dreimal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von drei Ortschaften der Republik mit Mörsern des Kalibers 82mm und Schusswaffen beschossen.**

de.sputniknews.com: USA stellen Bodenoperationen gegen IS in Syrien ein  
Bodenoperationen der US-geführten Koalition gegen die Terrormiliz Islamischer Staat\* in Syrien im Tal des Euphrat sind ausgesetzt worden. Der Grund: Die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) sind in Afrin eingezogen, um gegen die Türken zu kämpfen. Das meldet die Agentur Reuters unter Berufung auf das Pentagon.

„Einige Kämpfer, die im Rahmen der SDF handeln, haben sich entschieden, die Operationen in der Mitte des Euphrat-Tals zu verlassen, um anderswo zu kämpfen, möglicherweise in Afrin“, zitiert die Agentur einen Vertreter des US-Verteidigungsministeriums, Major Adrian Rankine-Galloway.

Es handelt sich laut einem anderen Pentagon-Sprecher, Oberst Robert Manning, um eine „operative Pause“, die nur Bodenoperationen betreffe. Die US-Luftwaffe führe in der Region

des Euphrat nach wie vor Bombenangriffe gegen Terroristen durch.

Hunderte von SDF-Kämpfern sollen das Euphrat-Tal in den letzten zwei Wochen verlassen haben, sagte ein US-Beamter unter der Bedingung der Anonymität.

Am 20. Januar hatte der türkische Generalstab die Militäroperation „Olivenzweig“ eingeleitet. Sie ist gegen kurdische Einheiten in der syrischen Region Afrin gerichtet, die von den USA unterstützt und von der Türkei als terroristische Organisation eingestuft werden. Die türkischen Truppen werden dabei von der oppositionellen „Freien Syrischen Armee“ (FSA) unterstützt.

Damaskus verurteilte die türkischen Aktivitäten in Afrin entschieden. Afrin sei ein untrennbarer Teil Syriens, hieß es. Moskau rief in diesem Zusammenhang alle betroffenen Parteien zur Zurückhaltung und Achtung der territorialen Integrität Syriens auf.

\* „Islamischer Staat“, auch „Daesh“, eine in Russland verbotene Terrorvereinigung.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 3. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja, Dokutschajewsk, Besymennoje (Leninskoje).**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 16. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 483.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 Uhr (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: US-Militärschlag gegen Syrien möglich? Pentagon lehnt Kommentare ab

Das Pentagon hat sich am Montag gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti geweigert, Informationen über eine Beratung über einen militärischen Angriff auf Syrien zu kommentieren. Laut Zeitungsberichten wird ein solcher Angriff wegen des angeblichen Einsatzes von Chemiewaffen durch die syrische Armee erwogen.

„Im Regelfall besprechen wir keine zukünftigen Militärpläne“, sagte der Pentagon-Sprecher Adrian Rankin-Galloway gegenüber der russischen Nachrichtenagentur.

Zuvor hatte die Zeitung „The Washington Post“ unter Berufung auf Quellen berichtet, dass die US-Administration Pläne für Militärmaßnahmen gegen die Regierung Syriens hege. US-Präsident Donald Trump hat demnach in der vorigen Woche mit dem Stabschef des Weißen Hauses, John Kelly, dem Sicherheitsbeamten Herbert McMaster und dem Pentagon-Chef James Mattis Möglichkeiten eines militärischen Vorgehens gegen Syrien besprochen. Trump habe Varianten für „eine Bestrafung der Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nach Mitteilungen über Chlorgasattacken“ betrachtet.

Die Pentagon-Sprecherin Dana White dementierte dem Blatt zufolge Mitteilungen, dass sich Mattis an diesem Treffen beteiligt habe, und betonte, dass es „kein Gespräch“ gegeben habe. Laut einem weiteren hochrangigen Beamten aus der Administration war Mattis „entschieden“ gegen eine militärische Antwort auf Meldungen über Chemieattacken, während McMaster dafür plädiert habe.

Laut einer Quelle habe Trump beim Treffen kein militärisches Vorgehen bewilligt, und die Beamten würden die Situation weiter beobachten.

Die US-geführte Anti-Terror-Koalition hatte am 4. April 80 Todesopfer einer angeblichen C-Waffenattacke in der syrischen Stadt Chan Scheichun in der Provinz Idlib sowie 200 Verletzte gemeldet. Die Oppositionellen machten Assads Regierungstruppen für den Angriff verantwortlich. Das syrische Militär hat diese Vorwürfe entschieden zurückgewiesen und seinerseits Terroristen und deren Helfershelfer für den Angriff verantwortlich gemacht. Die USA hatten am 7. April den syrischen Luftwaffenstützpunkt Schairat angegriffen, ohne die Ermittlungen zu diesem Vorfall abzuwarten. Damals wurden in der Nacht 59 Tomahawk-Marschflugkörper auf diesen Militärflugplatz in der Provinz Homs abgefeuert.

de.sputniknews.com: Ukraine: Verfahren gegen Janukowitschs Verteidiger eingeleitet  
Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen den Anwalt Alexander Goroschinskij und seine Kollegin Olga Prosjanjuk eingeleitet, die den ukrainischen Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch vertreten. Der Anwalt Goroschinskij kommentiert das Verfahren.

Goroschinskij gibt bekannt, nach Ansicht der Verteidigung „arbeite“ einer der für Janukowitsch bestimmten kostenlosen Anwälte „zugunsten der Anklagebehörde“. Goroschinskij sei „zum Gerichtstermin als Verteidiger vertragsgemäß erschienen“, was ein automatisches Erlöschen der Vollmacht des kostenlosen Anwalts bedeute. Dieser habe „jedoch den Gerichtssaal nicht verlassen“.

Der Anwalt ist der Meinung, das Verfahren gegen ihn und Prosjanjuk sei nur aus „dem Wunsch der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft veranlasst“, sie aus dem Verfahren gegen Janukowitsch zu „entfernen“. „Das bedeutet, dass wir unbequeme Anwälte sind, und die Anklagebehörde wird alles tun, um unsere Teilnahme am Verfahren zu verhindern“, so der Anwalt.

Goroschinskij unterstreicht, er erfülle nur den Auftrag seines Mandanten.

Er habe versucht, so Goroschinskij, zusätzliche Beweise in das Verfahren einzubringen. Er sei aber rechtswidrig aus dem Gerichtssaal entfernt und ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden. Durch dieses Verfahren versuche die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft, Druck auf ihre Opponenten auszuüben, sagt Goroschinskij.

Janukowitsch, der von 2010 bis 2014 das Präsidentenamt in der Ukraine bekleidet hatte, verließ nach dem gewaltsamen Machtwechsel infolge der Euro-Maidan-Aktivitäten in Kiew und anderen Städten sein Land. In der Ukraine wurden gegen ihn mehrere Strafverfahren eingeleitet und sein Vermögen eingefroren.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30120/85/301208577.jpg>



## Nachmittags:

de.sputniknews.com: Nord- und Südkorea vereinbaren Gipfeltreffen für April. Nord- und Südkorea haben sich auf ein Gipfeltreffen geeinigt. Der nordkoreanische Staatschef, Kim Jong Un, soll sich Ende April mit dem südkoreanischen Präsidenten, Moon Jae In, treffen. Dies meldet die Administration des Staatschefs Südkoreas am Dienstag. Demnach soll das Treffen Ende April an der gemeinsamen Grenze in der Stadt Panmunjom stattfinden. Außerdem werde zwischen den Führungen der beiden Länder erstmals auch eine direkte Hotline eingerichtet. Nordkorea habe zugesichert, seine Nuklearwaffen nicht gegen Südkorea einzusetzen. Laut Medien teilte Seoul außerdem mit, dass Nordkorea bereit sei, seine Atom- und Raketentests für Gespräche mit den USA zu unterbrechen. Zuvor war berichtet worden, dass sich Kim Jong Un beim Treffen mit den südkoreanischen Sondergesandten bereit erklärt hatte, die Annäherung an Südkorea fortzusetzen und ein ranghohes Treffen zwischen Pjöngjang und Seoul durchzuführen. Dabei äußerte Kim laut der Zentralen Koreanischen Nachrichtenagentur (KCNA) den festen Willen, „die innerkoreanischen Beziehungen voranzutreiben und eine neue Geschichte der nationalen Wiedervereinigung zu schreiben“.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31981/64/319816428.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden hat das ukrainische Besatzungskommando mit seinen Handlungen ein weiteres Mal sein Desinteresse an der Herstellung von Frieden in der Zone des militärischen Konflikts bestätigt. Die Zahl der Fälle der Verletzung des Regimes der „Ruhe“ ist zurückgegangen. Auch die Intensität des Beschusses von der ukrainischen Seite aus ist zurückgegangen. Aber ein vollständiges Regime der Feueinstellung hat die ukrainische Seite entgegen der übernommenen Verpflichtungen nicht eingehalten.

**In Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 25. Luftlandebrigade und der 93. mechanisierten Brigade aus die Gebiete von **Dokutschajewsk und Krutaja Balka** beschossen. Der Gegner hat 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert und außerdem Schusswaffen eingesetzt.

**In Richtung Mariupol** wurde das Gebiet von **Leninskoje** von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade aus mit Schusswaffen beschossen.

**Alle Einheiten der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik haben den Befehl über die Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung genauestens befolgt.**

Die Kiewer militärisch-politische Führung erklärt zwar ihre Bereitschaft, die erreichten Vereinbarungen zu erfüllen, erarbeitet aber Pläne zu ihrem Bruch und dazu, die Donezker Volksrepublik dessen zu beschuldigen. Zu diesem Zweck sind auf Einladung der ukrainischen Seite in der Zone der sogenannten ATO **Filmteams einer Reihe ausländischer**

**Fernsehsender eingetroffen, darunter des amerikanischen Fernsehsenders NBC News.**

Deren Tätigkeit wurde auf den Positionen der ukrainischen Kämpfer im Gebiet von Awdejewka, westlich und südwestlich von Donezk sowie in Richtung Mariupol beobachtet.

Ich erinnere daran, dass zuvor die Ankunft von Erkundungsgruppen der Spezialoperationskräfte in denselben Gebieten bemerkt wurden. Im Zusammenhang damit gibt es eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass das ukrainische Besatzungskommando geplante Provokationen durchführt, die darauf gerichtet sind, die Führung der Republik des Bruchs der erreichten Vereinbarungen zu beschuldigen.

**Nach uns vorliegenden Informationen zieht der Gegner unter Nutzung des Regimes der Feueereinstellung weiter Angriffsgruppierungen zusammen.** So wurde nicht weit von Nowobachmutowka die Ankunft von schwerer Panzertechnik der ukrainischen Besatzer beobachtet. Das Kommando der sogenannten ATO unternimmt Anstrengungen, diese Maßnahmen verdeckt durchzuführen. Mit Hilfe von technischen Mitteln erfolgt eine intensive Vorbereitung von Schützengräben, es werden Tarnnetze angeliefert. Während der Durchführung der technischen Arbeiten ist das Gebiet vollständig für zivilen Verkehr und Menschen geschlossen, um das Durchsickern von Informationen zu vermeiden.

Dan-news.info: „Gestern Abend ist in der von der ukrainischen Regierung kontrollierten Ortschaft Wolnowacha ein Rohrbruch der Wasserleitung „Nowotroizkoje – Dokutschajewsk“, über die die Wasserversorgung von Dokutschajewsk und Jelenowka läuft, erfolgt. Dadurch haben mehr als 24.000 Einwohner kein Wasser“, teilte der stellvertretende Bürgermeister von Dokutschajewsk Ruslan Dolbatschew mit.

Der Pressedienst des kommunalen Unternehmens Woda Donbassa teilte mit, dass Reparaturarbeiten laufen. Fristen für die Reparatur wurden nicht genannt.

de.sputniknews.com: Mit Gerichtsurteil im Rücken: Naftogaz fordert von Gazprom weitere 20 Milliarden USD.

Rund 20 Milliarden US-Dollar sollen dem ukrainischen Energielieferanten Naftogaz seit 2009 wegen der angeblichen Unterbewertung des Preises für den Gastransit aus Russland entgangen sein. Das sagte Unternehmenschef Juri Vitrenko am Dienstag.

„Der Preis für den Transit über das ukrainische Territorium wurde um etwa die Hälfte geringer eingeschätzt“, wird Vitrenko von der ukrainischen Nachrichtenagentur Unian zitiert. Wie er vorige Woche mitgeteilt hatte, wird Naftogaz sich in der nächsten Zeit mit dem Vorschlag an den russischen Staatskonzern Gazprom wenden, den Tarif für den Gastransit zu revidieren. Sollte Gazprom damit nicht einverstanden sein, droht Naftogaz mit dem Handelsgericht in Stockholm.

Der ukrainische Versorger hatte sich bereits in Schweden um Tarifrevidierung bemüht. Das Gericht hatte die Ansprüche von Naftogaz damals zurückgewiesen. Das Unternehmen erklärte diese Entscheidung mit der „Nichtübereinstimmung mit den formellen Forderungen des Gerichts“. Die aktuelle Klage werde allen Formalitäten entsprechen, so Vitrenko.

Das Handelsgericht in Stockholm hatte am 28. Februar einer Klage von Naftogaz gegen Gazprom stattgegeben und den russischen Energiekonzern verpflichtet, Naftogaz 2,56

Milliarden US-Dollar als Ausgleich zu zahlen – Russland habe weniger Gas durchgeleitet als vereinbart.

Zudem müsse Gazprom ab März wieder Erdgas zu dem im Dezember festgelegten Preis an die Ukraine liefern. Das Gericht verpflichtete die Ukraine, 2018 mindestens fünf Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas zu kaufen.

Der russische Konzern kritisierte das Gerichtsurteil als „asymmetrisch“ und beschloss, alle seine Verträge mit dem ukrainischen Versorger Naftogaz vor dem Internationalen Schiedsgericht in Stockholm zu kündigen. Daraufhin weigerte sich Gazprom, Naftogaz kurzfristig wieder Gas zu verkaufen, und überwies eine Vorauszahlung aus Kiew für März zurück. Es fehlten die nötigen Zusatzverträge, begründete Gazprom die Entscheidung. Gazprom-Vorstandschef Alexej Miller erklärte am vergangenen Freitag, dass der Konzern die ökonomischen Probleme der Ukraine nicht auf seine Kosten lösen werde.

[Ukrinform.ua: Gasurteil: Gazprom reicht Berufung ein.](#)

Der russische Konzern Gazprom hat eine Berufung gegen das Urteil des Stockholmer Schiedsgerichts im Streit über den Liefervierrat eingereicht.

Das erklärte Vizechef des Konzerns Alexander Medwedew vor der Presse am Dienstag, berichtet die russische Agentur Interfax. Die Berufung gegen das Urteil im Streit über den Gastransit kündigte Medwedew bis zum Ende 2018 an. Weiter sagte er, Gazprom habe am Montag dem ukrainischen Energieversorger Naftogaz eine schriftliche Mitteilung über die Einleitung der Kündigung der Gasverträge zur Lieferung geschickt.

Der Streit zwischen Gazprom und Naftogaz vor dem Stockholmer Schiedsgericht über Gasschulden dauerte vom Juni 2014 bis zum Dezember 2017, über den Gastransit vom Oktober 2014 bis zum Februar 2018. Die Verträge zur Lieferung und zum Transit von Erdgas gelten bis zum Ende 2019.

Das Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer hatte am 28. Februar entschieden, dass Gazprom dem ukrainischen Naftogaz 4,63 Milliarden US-Dollar für vereinbarte aber nicht gelieferte Gas-Transitmengen zahlen muss. Angesichts der Kompensation, die zuvor dem russischen Unternehmen vom Schiedsgericht zugesprochen wurde, muss Gazprom insgesamt 2,56 Milliarden US-Dollar Naftogaz zahlen.

Nach dem Schiedsspruch leitete Gazprom ein Verfahren zur Kündigung der Verträge zur Lieferung und zum Transit von Erdgas mit Naftogaz ein.

[Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko:](#)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung. Seit Beginn des „absoluten Waffenstillstands“ ab 0:00 Uhr am 5. März wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** entlang der Kontaktlinie festgestellt. **Der Gegner** nutzt, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR das Regime der Feuereinstellung streng einhalten, und **konzentriert Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie**.

Durch Informationen von örtlichen Einwohnern wurde bekannt, dass am südlichen Rand von Makarowo, im Verantwortungsbereich der 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Konzentration von Militärtechnik, etwa 10 Stück, entdeckt wurde. Das Gebiet wird durch Patrouillen bewacht.

Außerdem verwenden die ukrainischen Streitkräfte weitere Objekte der zivilen Infrastruktur für ihre Zwecke. So wurde in Tjoploje, Staniza-Luganskaja-Bezirk, auf dem Territorium der psychotherapeutischen Tagesklinik des Oblast, die Stationierung von drei Schützenpanzern entdeckt, außerdem die Nutzung von Gebäuden dieser Einrichtung als Kaserne für ukrainische Soldaten und als Lager für Material.

Im Gebiet von Walujskoje wurde die Ankunft einer Kolonne Militärtechnik mit drei Panzern, vier Schützenpanzern und vier Fahrzeugen mit Personal im Stärke einer Kompanie beobachtet.

Außerdem wurden in dem genannten Bezirk die Aktivierung von Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners bemerkt. Ihre Hauptaufgabe ist es, unsere Soldaten zu erwidern Aktivitäten zu provozieren.

Eine solche **Provokation geschah gestern Nacht im Gebiet von Stschastje**, wo eine DEG des Gegners das Feuer an der Kontaktlinie eröffnete, um die Volksmiliz der LVR der Verletzung des „absoluten Waffenstillstands“ zu beschuldigen und dadurch auch die Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja unmöglich zu machen. Solche Fälle bestätigen auch die Beobachter der OSZE-Mission und veröffentlichen sie in ihren täglichen Bereichen.

In dem heute veröffentlichten Bericht der OSZE-Mission wird auf Fälle von Beschuss des für die Trennung von Kräften und Mitteln vorgesehenen Abschnitts Nr. 1 im Gebiet von Staniza Luganskaja vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium aus hingewiesen. Beide Videokameras, die in diesem Gebiet installiert sind, bestätigen, dass die Daten der ukrainischen Seite über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung durch Soldaten der Volksmiliz der LVR unzutreffend sind.

Diese Fakten zeugen davon, dass die Kiewer Führung beabsichtigt, auch weiter den Konflikt im Donbass ausschließlich auf gewaltsamem Weg zu lösen.

Die Einwohner der LVR setzen wie auch zuvor auf ein friedliches Szenario der Lösung des Konflikts im Donbass. Dazu geht die Volksmiliz der LVR nicht auf Provokationen der Streitkräfte der Ukraine ein und hält das ab dem 5. März eingerichtete Regime des „absoluten Waffenstillstands“ genauestens ein.

de.sputniknews.com: Russisches Transportflugzeug stürzt in Hmeimim ab – 32 Tote.

Ein russisches Transportflugzeug des Typs An-26 ist bei der Landung am syrischen Flughafen Hmeimim abgestürzt. Dies teilte am Dienstag das russische Verteidigungsministerium mit. Der Meldung zufolge waren 26 Passagiere und sechs Besatzungsmitglieder an Bord der Maschine. Alle 32 Menschen seien ums Leben gekommen.

Das Flugzeug sei rund 500 Meter vor der Landebahn abgestürzt.

Ursache für den Absturz könnte laut vorläufigen Angaben ein technischer Fehler gewesen sein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31982/18/319821888.jpg>

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik gratulierte heute den Frauen der Republik zum bevorstehenden Feiertag und überreichte Frauen Auszeichnungen. Im Lenin-Kulturpalast fand eine festliche Versammlung zum 8. März statt.

„In meinem eigenen und im Namen aller Männer der LVR gratuliere ich Ihnen zu hellsten, herzenswärmsten Frühlingsfeiertag, zum 8. März“, sagte das Republikoberhaupt zu den anwesenden Frauen. „Ich möchte an diesem Tag allen Frauen danken, die in dieser schweren Zeit keine Schwierigkeiten fürchten, nicht geflohen sind, mit uns geblieben sind und jetzt die Interessen unserer Republik auf ihren Arbeitsplätzen verteidigen, die unsere Kinder erziehen“. „Besonderen Dank möchte ich den Frauen sagen, die heute Uniformen tragen. Auch sie haben keine Schwierigkeiten gefürchtet und haben auf ihre schmalen Schultern alle Lasten des Militärdienstes genommen. Großen Dank Ihnen dafür“, sagte er.

„An diesem Vorfesttag wünschen wir Ihnen starke Gesundheit, familiäres Wohlergehen, Wärme, Geborgenheit, Vertrauen und Stabilität, Vertrauen in den morgigen Tag, Geduld, zu lieben und geliebt zu werden. Bleiben Sie so schön und anziehend, wie Sie es tatsächlich sind. Und von uns, den Männern, kann sich versichern, dass wir alles uns Mögliche tun werden, damit Ihre Wünsche und Träume so schnell wie möglich wahr werden“, sagte Pasetschnik. Während der festlichen Versammlung überreichte das Republikoberhaupt Medaillen „Für Verdienste“, „Für Treue zur Pflicht“ und „Für Gewissenhaftigkeit“ an Mitarbeiterinnen verschiedener Unternehmen, medizinische Beschäftigte, Pädagoginnen, Soldatinnen und kinderreiche Mütter.

Außerdem zeichnete der Bürgermeister von Lugansk Manolis Pilawow Frauen mit Ehrenurkunden aus...

Die Mitarbeiterin der Geflügelzucht von Tschernuchino Irina Akimowa, die eine Medaille „Für Treue zur Pflicht“ erhielt, unterstrich, dass diese Auszeichnung für sie erfreulich und unerwartet kam und ein Zeugnis dafür ist, dass ihre Arbeit anerkannt wird.

„Im Krieg gingen wir wie gewöhnlich zur Arbeit, trotz der Kämpfe, wir haben alles getan, was nötig ist. Das Kollektiv besteht bei uns hauptsächlich aus Frauen, Männer sind bei uns nur Schlosser. Niemand fuhr weg, alle blieben vor Ort. Es ist sehr erfreulich, dass unsere Arbeit anerkannt wird, ich habe das nicht erwartet“, sagte sie.



[http://img.lug-info.com/cache/b/7/\(4\)\\_IMG\\_3597.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/b/7/(4)_IMG_3597.JPG/w620h420wm.jpg)



ukrinform.ua: Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine: Volker über Zweck von Minsker Vereinbarungen

Der Zweck der Minsker Vereinbarungen ist die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und die Auflösung der so genannten „Volksrepubliken.“

Das erklärte der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, auf Twitter. „Der Zweck der Minsker Vereinbarungen (die von Anführern der so genannten LNR und DNR unterzeichnet wurden) ist die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und ihrer Verfassungsordnung. Die Umsetzung von Minsk bedeutet die Auflösung dieser illegalen Strukturen. Der Unwille zur Auflösung bedeutet der Unwille zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“, schrieb Volker.

Vor ein paar Tagen äußerte Kurt Volker bei einer Podiumsdiskussion im Hudson Institute die Hoffnung, dass eine UN-Friedensmission im Donbass ein Mittel für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sein kann. Die Friedensmission könne die Übergabe der Kontrolle im Donbass von Russland an die UNO und dann an die Ukraine gewährleisten.

Dnr-online.ru: Heute um 14:50 Uhr hat die ukrainische Seite ein weiteres Mal die erreichten Vereinbarungen verletzt. Trotz Punkt 7 des Memorandums vom 19. September 2014, der Flüge der Luftwaffe entlang der gesamten Kontaktlinie in einer Sicherheitszone von 30km verbietet, wurde im Gebiet südlich von Marjinka, das sich unter Kontrolle der Kiewer Regierung befindet, **in einem Abstand von etwa 800m von der Kontaktlinie ein ukrainischer Hubschrauber beobachtet**. Diese teilte die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

20 Minuten bevor der Hubschrauber auftauchte wurde eine heftige Detonation festgestellt. Die Einzelheiten dieses Vorfalles werden noch ermittelt.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, eine Ermittlung zu diesem Vorfall durchzuführen und ihn in ihrem täglichen Bericht festzuhalten.

de.sputniknews.com: Vergiftung russischen Ex-Spions in England: Kreml dementiert Verwicklung Moskaus.

Die Anschuldigungen wegen der mutmaßlichen Beteiligung Russlands an der möglichen Vergiftung des ehemaligen Obersten der russischen Militäraufklärung GRU, Sergej Skripal, haben nicht lange auf sich warten lassen, sagte Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow vor der Presse.

„Ich kann nichts dazu sagen. Wie es auf Russisch heißt, haben sie (die Kommentare der westlichen Medien – Anm. d. Red.) nicht auf sich warten lassen, ich verstehe, dass es schwierig ist, dies ins Englische zu übersetzen, aber trotzdem“, erklärte Peskow in seiner Stellungnahme zu der Reaktion des Kremls auf Berichte westlicher Medien über Russlands Verwicklung in den Vorfall.

Laut Peskow hat der Kreml keine Informationen darüber, was Skripal unternahme und womit die tragische Situation zusammenhängen könnte.

„Sie wissen schon, wie er in den Westen gekommen ist, ich will das nicht wiederholen“, fügte er hinzu. Darüber hinaus betonte Peskow, dass Russland immer bereit sei, seine Kooperation bei den Ermittlungen anzubieten.

Am Sonntag waren der 66-jährige Sergej Skripal und eine Frau (vermutlich seine Tochter Julia) von Passanten bewusstlos auf einer Bank vor einem Einkaufszentrum in der Stadt Salisbury im Süden Großbritanniens aufgefunden worden. Das Paar war zuvor offenbar mit einer unbekannt Substanz in Kontakt gekommen.

Laut BBC wurden die beiden anschließend in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei sprach von einem schwerwiegenden Vorfall.

Dem 66-jährigen Skripal wurde 2010 in Großbritannien Asyl gewährt, nachdem er im Zuge

eines Austausches inhaftierter Spione zwischen Russland und den USA auf freien Fuß gekommen war. Der frühere Oberst des russischen Militärgeheimdienstes GRU war 2006 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden, weil er die Identität von russischen Spionen an den MI6 weitergegeben haben soll.

Dan-news.info: „An die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess wurde von der OSZE-Mission eine Mitteilung gerichtet, dass die ukrainische Seite im GZKK von den republikanischen Unternehmen die Anfragen zur Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in ukrainischer Sprache fordert, davon zeugt ein offizieller Brief der ukrainischen Seite im GZKK auf einem entsprechenden Briefkopf“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakobow mit. „Solche Forderungen rufen Zweifel an den Absichten der ukrainischen Seite hervor, den Wiederaufbau beschädigter Infrastruktur im Donbass zu gewährleisten“.

Nach den Worten Jakobows existierten früher keine Sprachprobleme für die ukrainischen Vertreter – die DVR hat ihre Anfragen zum Wiederaufbau immer ausschließlich auf Russisch eingereicht. „Wir rufen die ukrainische Seite auf, keine erdachten Vorwände für die Nichterfüllung der erreichten Vereinbarungen zu suchen, sondern die Anstrengungen auf die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung und den Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur zu konzentrieren“, unterstrich Jakobow.

de.sputniknews.com: Nordkorea nennt Bedingungen für Atomwaffenverzicht.

Nordkorea hat die Vorbedingungen genannt, unter denen es auf sein Atomprogramm verzichten könnte: Es soll keine militärische Gefahr für das Land und keine Gefahr für das Regime mehr geben. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag.

Nordkorea und Südkorea wollen derzeit die Annäherung vorantreiben. Erstmals seit mehr als zehn Jahren wollen die zwei Staaten Ende April ein gesamt-koreanisches Gipfeltreffen durchführen. Das haben die Seiten beim Besuch des nationalen Sicherheitsrates Südkoreas in Pjöngjang vereinbart.

Nordkorea hat sich zudem zum Dialog mit den USA bereit erklärt. Pjöngjang sei bereit, die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und die Regelung der bilateralen Beziehungen zu besprechen. Dies teilte Südkoreas nationaler Sicherheitsberater, Chung Eui Yong, den Journalisten nach dem Besuch in Pjöngjang mit.

Av-zakharchenko.su: Im Vorfeld des internationalen Frauentags gratulierte das Oberhaupt der DVR der schönen Hälfte des Landes zum Feiertag. Im Donezker musikalisch-dramatischen Theater fand am 6. März eine festliche Veranstaltung statt.

Das Oberhaupt gratulierte den Frauen im Namen aller Männer.

„Ich wünsche allen Frauen an diesem Feiertag nur die angenehmsten Worte von lieben Menschen zu hören. Ich gebe zu, dass wir, die Männer, tatsächlich nachlässig sind. Und nur dank eurer Geduld und Einfühlsamkeit werden wir besser. Unsere Lieben, zu sagen, dass wir euch lieben, ist wenig. Ihr seid unsere Mütter, die uns in Schmerzen das Leben gegeben haben. Ihr erzieht unsere Kinder. Ihr hütet den heimischen Herd. Auf euch liegt eine große Verantwortung. Und seit dem Jahr 2014 sehe ich, dass wir gerade für euch Heldentaten leisten. Ihr seid mit uns im Kampf und in den Schützengräben, reicht uns Patronen und kämpft selbst. Riesigen Dank! Einfach dafür, dass es euch gibt, für euer Lächeln und eure Schönheit!

Frauen, ich gratuliere zum Feiertag! Von ganzem Herzen wünsche ich das Allerbeste und Hellste. Seid glücklich. Denn der Krieg, schwere Erfahrungen und Unglücke werden vorbeigehen, und in unseren Herzen wird nur euer Lächeln bleiben. Zum 8. März“, sagte das

Oberhaupt.

Für zuverlässige Arbeit, hohe Professionalität und einen gewichtigen persönlichen Beitrag bei der Entstehung und Entwicklung des Staates wurden elf Frauen mit Ehrenurkunden des Oberhauptes der DVR ausgezeichnet – Vertreterinnen verschiedener Lebensbereiche: Medizin, Bildung, Rechtsschutzorgane, Industrie und viele andere.

An diesem Tag gratulierte den Frauen der Republik auch der verdiente Künstler Russlands Igor Saruchanow, der auf der Bühne seine besten Lieder vortrug.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Generalstab kündigt neue Militäroperation im Donbass an. Der Vertreter des ukrainischen Generalstabs, Jurij Bobrow, hat während einer Pressekonferenz die Möglichkeit einer neuen Militäroperation im Donbass angekündigt. Dabei wird die „Anti-Terror-Operation“ fortgesetzt.

Bobrow hat dazu aufgerufen, zwischen den Begriffen „Militäroperation“ (die im Gesetz über die Reintegration des Donbass vorgesehen ist – Anm. d. Red.) und „Anti-Terror-Operation“ zu unterscheiden.

„Solch eine Operation („Anti-Terror-Operation“) wurde 2014 angekündigt, sie läuft weiter, unabhängig von diesem Gesetz. Die Entscheidung über ihre Fortsetzung oder Einstellung wird der Leiter des Anti-Terror-Zentrums des Sicherheitsdienstes der Ukraine treffen“, sagte Bobrow.

Bobrow äußerte die Überzeugung, die „Anti-Terror-Operation“ laufe weiter, unabhängig davon, wann die Operation der vereinigten Kräfte beginne oder beendet werde.

Die Kandidatur des Befehlshabers der vereinigten Kräfte sei schon bestimmt, in der nächsten Zeit solle sie vom Präsidenten genehmigt werden. Der Hauptkandidat sei ein General mit Kampferfahrung, der an der Operation im Donbass teilnehme, fügte der Vertreter des Generalstabs hinzu.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über eine Reintegration des Donbass (Donbass-Gesetz) verabschiedet. Das Gesetz gibt dem Präsidenten das Recht, im Frieden Streitkräfte zum Schutz der staatlichen Souveränität einzusetzen. Das ermöglicht den Einsatz der regulären Armee im Osten ohne Kriegserklärung.

Das russische Außenministerium wies darauf hin, dass die Verabschiedung des Donbass-Gesetzes die endgültige Orientierung Kiews an einer Gewaltlösung des Konfliktes in der Region zeige und die Minsker Abkommen vereitle.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31774/86/317748622.jpg>

Lug-info.com: Die Vertretung der LVR im GZKK teilte mit, dass die **ukrainischen Streitkräfte seit Beginn des „absoluten Waffenstillstands“ Informationen über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der Volksmiliz der LVR fälschen.**

„Heute, am 6. März 2018, haben die ukrainischen Streitkräfte nach Mitteilung eines Offiziers der Vertretung der LVR im GZKK, der sich im Gebiet von Kalinowka befand, etwa gegen 12:30 Uhr aus dem Gebiet von Luganskoje in Richtung ihrer eigenen Positionen mit einem großkalibrigen Maschinengewehr geschossen, dabei haben sie den Pseudobeschuss auf Video festgehalten“, heißt es in der Mitteilung.

„Von der Vertretung der LVR im GZKK wurde die Information über diesen provokativen Beschuss sofort an das Team der OSZE-Mission zur Zusammenarbeit mit dem GZKK übermittelt. Wir hoffen, dass die Vertreter der OSZE-Mission diese Information nicht ohne Aufmerksamkeit lassen“, teilte das GZKK mit.

Die Volksmiliz der LVR „hält wie zuvor die erreichten Vereinbarungen über eine Feueinstellung streng ein“.

Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte haben den Waffenstillstand gebrochen: um 16:00 Uhr haben sie mit automatischen Granatwerfern und einem großkalibrigen Maschinengewehr das Feuer aus Richtung Swetlodarsk auf die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Losowoje** eröffnet“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

de.sputniknews.com: Terrorkämpfer nehmen Damaskus unter Raketenbeschuss: Tote und Verletzte

Drei Menschen sind bei einem Beschuss von Damaskus durch Terrorkämpfer in Ost-Ghuta getötet und zwölf weitere verletzt worden. Dies teilte eine Quelle in der syrischen Polizei gegenüber Sputnik mit.

„Bewaffnete Gruppierungen in Ost-Ghuta haben Damaskus und dessen Vororte mit Raketen beschossen. Zwei Geschosse fielen im Bezirk Kamaria in der Altstadt von Damaskus, wobei vier Personen verletzt wurden“, so die Quelle.

Zudem seien bei einem Bombardement der Stadt Dscharamana unweit von Damaskus drei Menschen ums Leben gekommen. Acht weitere wurden verletzt.

Illegale Milizen in Ost-Ghuta verüben täglich Minen- und Raketengriffe auf die syrische Hauptstadt. Betroffen sind sowohl die Vororte als auch die Innenstadt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31981/17/319811709.jpg>

## Abends:

### armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung vom operativen Kommando der Streitkräfte der DVR**

Vor einigen Tagen hat der Direktor der CIA, begleitet von hochgestellten Vertretern unterschiedlicher Aufklärungseinheiten der USA, Awdejewka besucht. Diese Veranstaltung wurde unter der Legende durchgeführt, dass sich angeblich „hochgestellte Militärs der USA mit der operativen Lage in der DVR bekannt machen sollten“.

Im Verlauf dieses Treffens hat Präsident **Poroschenko eine Anweisung folgenden Charakters vom Direktor der CIA erhalten:** im Zeitraum bis zum 10. März 2018 einige **Provokationsszenarien** an der Abgrenzungslinie zwischen der Ukraine und der DVR vorzubereiten, um die Führung der Republik der Führung aggressiver Kampfhandlungen gegen die Ukraine zu beschuldigen. Dafür wurde **von Spezialdiensten der Ukraine,** konkreter von den Spezialoperationskräften bereits **Uniformen und Erkennungsabzeichen, die in den Streitkräften der Donezker Volksrepublik verwendet werden,** vorbereitet. Zur Durchführung von Provokationen an der Abgrenzungslinie hat die ukrainische Seite einige Diversionsgruppen aus dem nationalistischen Regiment „Asow“ ausgebildet, die in das Gebiet von Nowoasowsk gebracht werden sollen.

Somit sind **ab dem 10. März 2018** an der Kontaktlinie der Ukraine und der Donezker Volksrepublik **mit großer Wahrscheinlichkeit große Provokationen zu erwarten.**

de.sputniknews.com: Donezk informiert über gewaltige Explosion an Trennlinie im Donbass. Die Behörden der selbst ernannten Volksrepublik Donezk haben eine gewaltige Explosion an der Trennlinie zwischen der Volkswehr und der Kiewer Armee im Donbass gemeldet. „Die Explosion ereignete sich am Dienstag um 14.50 Uhr (Ortszeit) südlich der von Kiew kontrollierten Siedlung Marjinka“, teilte ein Sprecher in Donezk mit.

„Etwa zwanzig Minuten nach der Detonation wurde rund 800 Meter von der Trennlinie ein ukrainischer Hubschrauber gesichtet. Andere Details lagen zunächst nicht vor“, hieß es. Seit Montag gilt im Donbass eine weitere Feuerpause, die aber äußerst brüchig ist. Am gleichen Tag wurde die vereinbarte Waffenruhe mehrmals von Kiew verletzt. Die ukrainische Armee nahm Siedlungen im Süden des Gebiets Donezk aus schweren Maschinengewehren unter Beschuss.

Am Vortag wurde der Wagen des Abgeordneten der russischen Staatsduma Alexej Schurawljow mit Granaten beschossen. Der Parlamentarier, der die Waffenruhe an der Trennlinie kontrollieren wollte, kam glimpflich davon.





<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31982/56/319825697.jpg>

Dnr-online.ru: Ukrainische Vertreter haben heute, am 6. März, den Soldaten der DVR die Leiche eines Soldaten der Republik übergeben, der von den Kiewer Truppen am 2. März gefangen genommen und dann getötet wurde. Dies teilte die Leiterin der Abteilung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen, Vermisster und Gefallener des Apparats des Verteidigungsministeriums der DVR Oxana Solenaja mit.

ukrinform.ua: Präsident Poroschenko verlängert Sanktionen gegen russische Banken.

Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat mit seinem Dekret den Beschluss des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine über eine Verlängerung der Sanktionen gegen russische Banken in Kraft gesetzt.

Das Dekret wird auf der Webseite des Staatschefs veröffentlicht. Die Strafmaßnahmen werden um ein Jahr verlängert. Von den Sanktionen sind vier Banken, „Sberbank“, „VTB-Bank“, „BM Bank“ und „Aktionernyj komerzijnyi promyslowo-inwestyjnyi Bank“ betroffen.

Lug-info.com: „Nachdem auf der Seite des Staatssicherheitsministeriums der LVR eine Reihe von Materialien über Erkundungs- und Sabotageaktivitäten ukrainischer Spezialdienste und Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte im Donbass veröffentlicht wurden, hat das **Zertifikationszentrum in den USA auf Bitten Kiews ohne Angabe von Gründen das SSL-Zertifikat der offiziellen Seite des MfS der LVR zurückgezogen.** Im Zusammenhang mit ist es nicht möglich auf die Ressource des Ministeriums über die Adresse <https://mgblnr.org/> zuzugreifen“, heißt es in der einer Mitteilung des MfS.

Die Handlungen Kiews sind auf die Verstärkung der Informationsblockade des Donbass und die Verheimlichung von Beweisen für Verbrechen der ukrainischen Truppen, die regelmäßig auf der Seite des MfS der LVR veröffentlicht werden“, gerichtet.

„Inzwischen ist die Ressource wieder funktionsfähig. Die offizielle Seite der MfS der LVR ist unter <http://mgblnr.org/> zu erreichen.

de.sputniknews.com: Flugzeugabsturz in Hmeimim: Opferanzahl präzisiert.

Das russische Verteidigungsministerium hat die Anzahl der Todesopfer bei dem Absturz der russischen Transportmaschine des Typs An-26 im syrischen Hmeimim nach oben korrigiert.

„Nach den präzisierten Angaben befanden sich am Bord des Transportflugzeuges vom Typ An-26, das bei der Landung am Flughafen Hmeimim abgestürzt ist, 33 Passagiere und sechs Besatzungsmitglieder. Sie alle sind Militärs der russischen Streitkräfte“, heißt es in der

Mitteilung.

Zudem bestätigte das Verteidigungsministerium noch einmal, das Flugzeug sei keiner Feuereinwirkung ausgesetzt worden. Die Sonderkommission ziehe in ihrer Ermittlung alle Versionen in Betracht. Vorläufig gehe man davon aus, dass ein technischer Fehler die Katastrophe verursacht haben könnte.

Dan-news.info: „Im Verlauf der Ermittlungen zu der Explosion eines Autos am 5. März in Donezk wurde klar, dass der ehemalige Liebhaber der Toten die Versuche nicht aufgab, ihre Beziehung wieder aufzunehmen. Bei einem weiteren Treffen nahm er Granaten mit und zündete eine, nachdem sein Ansinnen abgelehnt wurde“, teilte das Innenministerium der DVR mit.

Zu dem Fall wurde ein Strafverfahren aufgenommen. Es laufen Ermittlungen.

Wir erinnern daran, dass die Tragödie gestern im Zentrum von Donezk geschah. Eine Frau starb vor Ort, ein Mann wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

de.sputniknews.com: Putin zu US-Wahleinmischungsvorwürfen: Wir stellen Beschuldigte vor Gericht, wenn...

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat in einem Interview mit dem TV-Sender NBC die Voraussetzung genannt, unter der jene russischen Bürger, denen die Einmischung in die US-Präsidentenwahl vorgeworfen wird, vor Gericht gestellt werden.

„Wenn sie tatsächlich gegen das russische Recht verstoßen haben, werden wir sie vor Gericht bringen. Falls sie nicht gegen das russische Recht verstoßen haben, dann gibt es nichts, weswegen sie sich vor Gericht verantworten müssen. Im Endergebnis aber sollten Sie begreifen, dass das russische Volk nicht nach US-amerikanischen, sondern nach russischen Gesetzen lebt, und so wird es auch weiterhin bleiben“, sagte er.

Zudem würden diese Bürger nicht den russischen Staat vertreten, fügte er hinzu.

Zuvor hatte der US-Sonderermittler Robert Mueller 13 russischen Bürgern und 3 juristischen Personen die Versuche vorgeworfen, sich in die US-Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt zu haben. Früher waren derartige Vorwürfe gegen russische Behörden erhoben worden. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete diese Vorwürfe als haltlos.